



Dieser Artikel wurde ausgedruckt unter der Adresse:

<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/energiewende-koalitionsvertrag100.html>



Koalitionsvertrag zur Energiewende

Die Neuen deckeln, die Alten hofieren

Beim Thema Energiewende hat sich Schwarz-Rot vorgenommen, die Stromkosten zu begrenzen. Gelingen soll dies mit einer Drosselung der Erneuerbaren - und einem Bestandsschutz für die Konventionellen. Doch das ist der falsche Weg. Eine Analyse.

Von Jürgen Döschner, WDR-Wirtschaftsredaktion

Wie wichtig sind der neuen Koalition Energiepolitik und Klimaschutz? Schaut man auf die öffentlichen Debatten während der Koalitionsverhandlungen, dann schienen den beteiligten Politikern und Medien Themen wie Pkw-Maut oder Frauenquote für DAX-Aufsichtsräte wesentlich bedeutender zu sein. Selbst auf der Pressekonferenz nach Unterzeichnung des Vertrages wurde keine einzige Frage zur Energiewende gestellt beziehungsweise zugelassen.

Dabei geht es nach den Worten der Kanzlerin und des (vermutlich) künftigen Vizekanzlers um nicht weniger als eine "Jahrhundertaufgabe" (Angela Merkel) beziehungsweise "die größte Herausforderung seit der Wiedervereinigung" (Sigmar Gabriel). Und ausgerechnet vor dieser wichtigen Herausforderung scheint die künftige Koalition zu kapitulieren. Das Ergebnis dieser Politik wird im günstigsten Fall Stillstand sein, manche Befürchtungen gehen noch weiter.

Das Problem des Energie- und Klimakapitels im Koalitionsvertrag ist: Neben der in der Natur der Sache liegenden Komplexität haben die Koalitionäre in ihrem Werk alles getan, um ihre wahren Absichten und Motive zu verschleiern. Bestes Beispiel dafür ist der "Ausbaukorridor" für Erneuerbare Energien (siehe Infobox).

Koalitionsvertrag zum "Ausbaukorridor"

"Wir setzen uns für einen nachhaltigen, stetigen und bezahlbaren Ausbau der Erneuerbaren ein. Dafür werden wir im EEG einen im Gesetz geregelten Ausbaukorridor festlegen und den Ausbau steuern. Damit stellen wir sicher, dass die Ausbauziele erreicht werden und die Kosten im Rahmen bleiben." (Seite 53)

Bremsen, statt fördern

An sich ist die Definition einer Zielmarke auch beim Ausbau der Erneuerbaren Energien keine dumme Idee. Doch zwei entscheidende Punkte in dem Koalitionsvertrag machen aus dem vermeintlichen Förderprogramm eine Ökostrom-Bremse.

Erstes wichtiges Detail ist die durch den Korridor vorgegebene Zielmarke. Mit 40 bis 45 Prozent Ökostrom bis 2025 und 55 bis 60 Prozent bis 2035 liegen diese Ziele nicht nur weit hinter den von Fachleuten und Politikern bislang für nötig und möglich gehaltenen Zielen. Die SPD war ursprünglich mit der Zielmarke von 75 Prozent bis 2030 in die Verhandlungen gegangen.

Auch unabhängige Experten, wie etwa der Sachverständigenrat für Umweltfragen, halten dagegen einen Ökostromanteil von 60 bis 70 Prozent für machbar und finanzierbar.

Gutachten des Umweltrats zur Energiewende

| umweltrat.de



Die Förderung von Ökostrom soll gedeckelt werden.

Garantie für konventionelle Kraftwerke

Verschärfend kommt hinzu, dass ein Korridor - anders als ein Mindestziel - zugleich eine Höchstmarke, also einen Deckel für den Ausbau der Erneuerbaren darstellt. Oder andersherum formuliert: Die Festlegung auf einen maximalen Ökostromanteil von 45 Prozent bis 2020 bedeutet zugleich einen garantierten Anteil von 55 Prozent an der Stromerzeugung für konventionelle Kraftwerke.

Dass dies offenbar der eigentliche Grund für die Festlegung eines Ausbaukorridors ist, findet sich sogar im Koalitionsvertrag selbst, allerdings erst ein paar Seiten später (siehe Infobox).

Koalitionsvertrag zum Energiemix

"Ein Entwicklungspfad für den konventionellen Kraftwerkspark lässt sich nicht ohne eine klare Kenntnis des Ausbaus der Erneuerbaren Energien beschreiben." (Seite 56)

Ende der Bürgerenergie?

Nur mit viel Mühe wird also klar, in welche Richtung die Große Koalition energiepolitisch marschieren will: Der dynamische, vor allem von Bürgern, Landwirten und Genossenschaften getragene Ausbau der Erneuerbaren soll gebremst und kanalisiert werden. Allerdings nicht, um - wie vorgegeben - die Kosten der Energiewende zu stabilisieren oder gar zu senken, sondern um die "alte Energiewirtschaft", die erklärtermaßen um ihr Geschäftsmodell bangt, zu unterstützen.

Dafür finden sich in dem Vertragstext gleich mehrere Belege. So widmen sich die Koalitionäre zum Beispiel in einem ganzen Kapitel der "Neue(n) Rolle für konventionelle Kraftwerke" und leiten dies auch noch mit einem klaren Bekenntnis für Kohle und Gas ein (siehe Infobox).

Koalitionsvertrag zu fossilen Energieträgern

"Die konventionellen Kraftwerke (Braunkohle, Steinkohle, Gas) als Teil des nationalen Energiemixes sind auf absehbare Zeit unverzichtbar." (Seite 56)

Während Erneuerbare in ihrem Ausbautempo gedrosselt werden, bekommen die konventionellen Kraftwerke "auf absehbare Zeit" einen Platz im deutschen Energiemix garantiert. Diese Richtung zeigt sich in vielen kleinen, umständlich verklausulierten Nadelstiche gegen die Erneuerbaren.

So sollen zum Beispiel alle Betreiber von neuen Ökostromanlagen spätestens ab 2017 verpflichtet werden, ihren Strom "auf der Basis der gleitenden Marktprämie" direkt zu vermarkten. Das wäre de facto ein Ausstieg aus dem bisherigen Modell fester Einspeisevergütungen und ein schwerer Schlag gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz.



Das Kohlekraftwerk in Hamm:
Schwarz-Rot schützt die konventionelle
Energie.

Darüber hinaus erwägt die Koalition, Ökostromproduzenten dazu zu zwingen, die Lieferung einer gewissen Strommenge immer zu garantieren, was nur über den Bau teurer Speicher oder den Kauf von "schmutzigem" Strom bei den etablierten Energiekonzernen ging. Und schließlich sollen sogenannte Kapazitätsmärkte den Betreibern von Kohle-, Gas- und Atomkraftwerken finanzielle Zuschüsse für den Unterhalt ihrer Kraftwerke gewähren, auch wenn diese keinen Strom liefern.

All diese Regelungen träfen die Erneuerbaren und wären zum Vorteil der "alten Energiewirtschaft", allen voran E.ON, RWE und Vattenfall.



Der Koalitionsvertrag

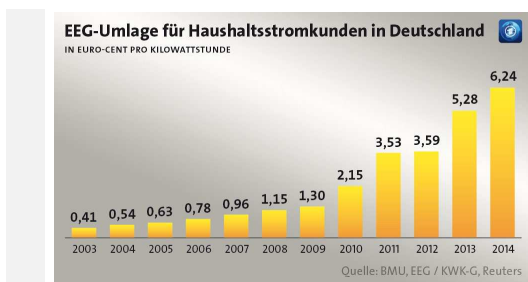
"Deutschlands Zukunft gestalten" - der gesamte 185-seitige Vertrag zwischen CDU, CSU und SPD als pdf-Dokument. | pdf

Preisziele ohne Aussicht auf Chance

Seit Monaten schon beherrscht die Frage nach dem Strompreis die Debatte über die Energiewende. Und so begründen die Koalitionäre auch die meisten ihrer Vorhaben in diesem Bereich damit, dass die Kosten für Wirtschaft und Verbraucher begrenzt oder gar gesenkt werden sollen. Doch diese Hoffnungen dürften sich auch unter Schwarz-Rot kaum erfüllen.

Eine Drosselung des Ausbaus der Erneuerbaren zum Beispiel dürfte kaum zu einer Senkung der EEG-Umlage führen. Denn der bei weitem größte Batzen muss für die bereits bestehenden Anlagen aufgebracht werden. Eine Entlastung dadurch, dass man die überbordenden Industrie-Privilegien bei der EEG-Umlage durchforstet, wird es wohl auch nicht geben.

Der Koalitionsvertrag bleibt da sehr vage. Und die beabsichtigten Zuschüsse für konventionelle Kraftwerke (Stichwort: Kapazitätsmärkte) dürften - so jüngste [Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung \(DIW\)](#) - sogar zu höheren Strompreisen führen.



Industrie lässt die Muskeln spielen

Ablauf und Ergebnis der Koalitionsverhandlungen haben gezeigt, dass der Streit über die künftige Energie- und Klimapolitik auch in Deutschland längst noch nicht entschieden ist. Zu viel Geld und zu viele mächtige Interessen sind im Spiel, als dass dieser Streit nur nach dem Gewicht der Argumente und

wissenschaftlichen Erkenntnisse entschieden würde.

Die Drähte der "alten Energiewelt" ins Kanzleramt und in die Spitzen der SPD sind nach dem kurzen "Fukushima-Blackout" wieder bestens geknüpft. Die Chefs von E.ON, RWE und anderen Energiekonzernen gehen und gingen "im Kanzleramt ein und aus", schreibt und belegt die Organisation abgeordnetenwatch.de.

Der Lobbyist des Stromkonzerns Vattenfall, Wolfgang Dirschauer, nutzte gar seine alten SPD-Kontakte, um per Mail in die laufenden Koalitionsverhandlungen einzugreifen, meldet LobbyControl.

Nun machen die Freunde der Energiewende mobil und wollen mit einer großen Demonstration an diesem Samstag auf ihre Weise eingreifen in den Streit um den richtigen Weg in die Energiewelt der Zukunft. Denn auch mit Vorlage dieses Koalitionsvertrages ist längst noch nicht alles entschieden.

Stand: 30.11.2013 01:32 Uhr

[Der Koalitionsvertrag | pdf](#)

[Proteste gegen Energiepläne von Schwarz-Rot | rbb](#)

[Dossier: Deutschland vor der Großen Koalition](#)

[Weltatlas | Deutschland](#)

